

Liebe Genoss:innen

Ich freue mich, euch zum Parteitag vom 30. Oktober einzuladen.

Neben den Wahlkampagnen in vielen Gemeinden ist auch der Abstimmungsherbst in vollem Gange. Entsprechend werden wir uns auch an diesem Parteitag mit den Parolen zu den Abstimmungen vom 24. November auseinandersetzen. Und die Vorlagen haben es in sich: Zuerst wehren wir uns natürlich gegen den doppelten Angriff auf das Mietrecht, mit dem der Kündigungsschutz aufgeweicht und die Mieten weiter in die Höhe getrieben werden sollen. Beim sogenannten «Strategischen Entwicklungsprogramm» (STEP), den Ausbauplänen für die Autobahnen, sind wir im Kanton Bern gleich doppelt betroffen: Auf der Strecke Schönbühl-Kirchberg soll es neu sechs Spuren, auf der Strecke Wankdorf – Schönbühl sogar acht Spuren geben. In Zeiten, in denen eine neue Art der Mobilität gefördert werden sollte, um unser Klima und unsere Umwelt zu schützen, ist diese absurde Idee, den Autoverkehr wortwörtlich in Stein zu meisseln nun wirklich aus der Zeit gefallen. Zudem wissen wir: Wenn die Infrastruktur für Autos vergrößert wird, vergrößert sich auch die Nachfrage danach. Darum müssen wir auch diese Vorlage wuchtig ablehnen.

Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dieses Mal auf die Gesundheitspolitik legen. Neben einem Überblick über die gegenwärtige Situation und die Ideen der SP Kanton Bern für eine bessere Gesundheitsversorgung im Kanton, diskutieren wir auch die Abstimmungsvorlage für das Bundesgesetz über die «Einheitliche Finanzierung der Leistungen (EFAS)». Schon bei der SP Schweiz sorgte diese Vorlage für Uneinigkeit und Diskussionen. Aus diesem Grund hat die Geschäftsleitung beschlossen, am Parteitag die Pro- und die Kontra- Argumente präsentieren zu lassen, damit der Parteitag besonders gut informiert eine Parole beschliessen kann.

Ich freue mich auf diesen spannenden Austausch mit euch und wünsche euch bis dahin auch weiterhin viel Erfolg bei Abstimmungen, Gemeindewahlen und allem weiteren!

Solidarisch



Zora Schindler

Geschäftsführende Parteisekretärin

Diese Einladung geht an

- Sektionen, Regionalverbände, Sozialdemokratisches Forum der Universität Bern
- Mitglieder der Grossratsfraktion, Mitglieder der Geschäftsleitung (SP Frauen Kanton Bern, JUSO Kanton Bern, SP 60+ Kanton Bern, SP MigrantInnen Kanton Bern), SP Queer Kanton Bern, Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, Berner SP-Deputation im eidg. Parlament
- Ehrengäste, SP Schweiz, Gewerkschaftsbund Kanton Bern

PROVISORISCHE TRAKTANDENLISTE

| Zeit | Traktanden |
|-------|--|
| 19.15 | 1. Eröffnung und Begrüssen durch das Co-Präsidium |
| | 2. Wahlen zum Parteitag <ul style="list-style-type: none">▪ StimmzählerInnen▪ Mandatsprüfungskommission▪ Wahlbüro▪ Tagesbüro (wird gemäss Statuten eingesetzt) |
| | 3. Genehmigungen <ul style="list-style-type: none">▪ Tagesordnung▪ Geschäftsordnung▪ Protokoll des Parteitages vom 28.08.2024 (auf der Website aufgeschaltet) |
| 19.30 | 4. Gesundheitspolitik im Kanton Bern |
| 19.45 | 5. Parolen Abstimmungen vom 24. November <ul style="list-style-type: none">▪ Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG): Einheitliche Finanzierung der Leistungen (EFAS)▪ Mietrecht: Untermiete▪ Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs▪ Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP) |
| 20.45 | 6. <i>Parolen Abstimmungen vom 9. Februar 2025</i> |
| 21.15 | 7. Resolutionen |
| 21.25 | 8. Verschiedenes |
| 21.30 | 9. Schluss des Parteitages |

GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmkarten

Die Stimmkarten werden am Parteitag bei der Mandatskontrolle persönlich abgegeben. Bei den Abstimmungen werden nur die Stimmkarten gezählt. Verlorene Stimmkarten werden nicht ersetzt.

2. Redezeit

| | |
|---|-----------|
| Begründung von Anträgen | 5 Minuten |
| Begründung der Haltung der Geschäftsleitung | 5 Minuten |
| Diskussionsvoten | 3 Minuten |

3. Wortbegehren

Delegierte, die das Wort wünschen, melden dies schriftlich mit dem beim Podium aufliegenden Formular «Wortbegehren» und übergeben dieses vollständig ausgefüllt dem Präsidium, bevor die Sitzungsleitung die RednerInnenliste geschlossen hat.

4. Anträge

Anträge müssen gemäss Statuten (Art. 7.3 b) 3 Wochen vor dem Parteitag beim Parteisekretariat eingereicht werden.

5. Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme der Parteileitung wird unmittelbar abgestimmt.

6. Wahlen und Abstimmungen

Wahlen und Abstimmungen finden nach Statuten (Artikel 9) statt. Bei mehreren Kandidierenden für das gleiche Amt erfolgt die Wahl schriftlich und geheim, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Mitglied aus dem Plenum beantragt. Die Abstimmungen finden in der Regel offen statt. Sie werden schriftlich und geheim durchgeführt, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Drittel der Stimmenden verlangt.

7. Resolutionen

Resolutionen müssen spätestens drei Wochen vor dem Parteitag auf dem Parteisekretariat eingereicht werden. Resolutionen zu Ereignissen der letzten zwei Tage vor dem Parteitag sind eine Stunde vor Parteitagsbeginn einem/einer der gewählten ParteisekretärInnen zu übergeben.

GESCHÄFTE DES PARTEITAGES

Traktandum 5: Parolen Abstimmungen vom 24. November

5.1 Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG): Einheitliche Finanzierung der Leistungen (EFAS)

Grundsätzlich geht es bei dieser Reform darum, alle Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) nach demselben Verteilungsschlüssel finanziert werden – egal ob sie ambulant, stationär oder im Pflegeheim erbracht werden. Heute bezahlt bei ambulanter Behandlung die Krankenkasse die gesamten Kosten, bei stationären Behandlungen übernimmt der Wohnkanton 55% und bei Behandlungen zuhause, etwa im Rahmen der Arbeit der SPITEX, bezahlt er etwa 46%. Diese Ungleichbehandlung der Behandlungsformen stellt einen finanziellen Anreiz für Krankenkassen dar, stationäre Behandlungen zu fördern. Dass sich etwas ändern muss, ist deshalb weitgehend unbestritten. Dennoch gab die Vorlage am Parteitag der SP Schweiz vom 24. Februar besonders zu diskutieren. Es zeigte sich, dass die Partei gespalten ist darüber, ob diese Reform das beschriebene Problem tatsächlich löst.

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat deshalb entschieden, die Vorlage aus beiden Blickwinkeln zu beleuchten und dem Parteitag zur Diskussion zu stellen.

Empfehlung Geschäftsleitung: NEIN-Parole

5.2 Mietrecht: Untermiete

Längst sind die Mieten der grösste Kostenpunkt für die Menschen in der Schweiz. Seit Jahren steigen die Mietpreise an. Nun stimmen legt das Parlament gleich zwei Vorlagen vor, die die Mietpreise weiter explodieren lassen sollen. Mit der harmlos klingenden «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)» soll die Untermiete nahezu verunmöglicht werden. Dadurch kommt es zu mehr Wechseln bei Mietverhältnissen. So können die Vermieter:innen die Mieten laufend erhöhen. Das bedeutet, dass zum Beispiel Auslandsaufenthalte für Mieter:innen massiv erschwert werden oder Senior:innen keine Untermiete aufnehmen können, um sich die Kosten zu teilen. Dabei ist es bereits heute verboten, mit Untermiete Gewinn zu machen.

Empfehlung Geschäftsleitung: NEIN-Parole

5.3 Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs

Ebenfalls einen Angriff gegen Mietenden führt das Parlament mit der «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)». Mit dieser massiven Lockerung des Kündigungsschutzes sollen selbst Mieter:innen in schwierigen Situationen einfacher rausgeworfen werden können, damit Immobilienbesitzer:innen die Mieten beim Wechsel erhöhen können. Dazu soll der Eigenbedarf als Vorwand vorgeschoben werden können.

Empfehlung Geschäftsleitung: NEIN-Parole

5.4 Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP)

Im Rahmen des «Strategischen Entwicklungsprogramm» (STEP) wollen Bundesrat bis 2030 Bauprojekte im Umfang von 11,6 Milliarden Franken für den Ausbau von Nationalstrassen realisieren. Nachdem das Parlament im Herbst 2023 zugestimmt hat, wurde gegen diesen Entscheid erfolgreich das Referendum ergriffen. Darum können wir nun über die Vorlage abstimmen. Konkret sollen schweizweit fünf verschiedene Projekte umgesetzt werden, zwei davon im Kanton Bern: Die Strecke Schönbühl-Kirchberg soll auf sechs, die Strecke Wankdorf- Schönbühl sogar auf acht Spuren ausgeweitet werden.

Diese massiven Ausbaupläne stehen klar im Widerspruch zum Klimaschutz. Denn die Zahlen belegen es schon lange: Mehr und breitere Strassen bedeuten mehr Verkehr. Mit dem Ausbau der Autobahnen

nimmt das Verkehrsaufkommen also sogar noch zu, statt das Problem der Überbelastung und Staus zu lösen. Daneben geht für den Ausbau der Autobahnen von wertvollem Kulturland verloren, wir erhalten Asphalt statt Umwelt.

Empfehlung Geschäftsleitung: NEIN-Parole

Traktandum 6: Parolen Abstimmungen vom 9. Februar 2025

Die Vorlagen sowie die Empfehlungen der Geschäftsleitung für die Abstimmungen am 9. Februar werden sowie bekannt, im zweiten Versand kommuniziert.